



**Begründung:**

Im Oblast Archangelsk ist bereits seit Ende 2011 ein Verbot "homosexueller Propaganda" unter dem Vorwand des Jugendschutzes in Kraft. Im russischen Parlament (der Duma) wird derzeit ein Gesetz vorbereitet, das die „Propagierung“ von Homosexualität in der Öffentlichkeit verbieten soll. Jedes Reden über Homosexualität in der Öffentlichkeit ist damit verboten. Durch das Gesetz werden Küsse gleichgeschlechtlich liebender Menschen in der Öffentlichkeit unter Strafe gestellt, das Zeigen der Regenbogenfahne – das Symbol der Lesben- und Schwulenbewegung – sowie Demonstrationen für die Rechte von Homosexuellen werde mit hohen Geldstrafen geahndet. Ferner ist zu befürchten, dass angesichts dieses Verbotes auch die Aufklärung über HIV und Aids eingeschränkt werden könnte. Diese Gesetzgebung ist eine massive Verletzung von Meinungs-, Presse-, Kunst- und Versammlungsfreiheit für alle Menschen in Archangelsk und ganz Russland. Es würde die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen, die sich für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender einsetzen, erheblich erschweren.

Betroffen von dem Gesetz in der Region Archangelsk sind die lesbisch, schwul, bisexuell und transgender lebenden, aber auch alle 350.000 Bürgerinnen und Bürger der Stadt Archangelsk. Die Stadt Emden unterhält seit 1989 eine Städtepartnerschaft mit Archangelsk. Es gibt einen regen Austausch mit den offiziellen Vertreterinnen und Vertretern der Stadt, aber auch mit der Bürgerschaft. Die Einschränkung der Bürgerrechte trifft auch die Menschen in unserer Partnerstadt. Deshalb sollte der Rat der Stadt Emden dieser bürgerrechtsverletzenden Gesetzgebung nicht tatenlos zusehen.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Mit Schreiben vom 23. Mai 2013 an das geschäftsführende Mitglied des Deutsch-Russischen Forums e.V., Herrn Hoffmann, hat die Stadt Emden auf die Gesetzgebung gegen die „Propagierung“ von Homosexualität in Archangelsk hingewiesen und um Prüfung einer möglichen Behandlung des Themas auf der Agenda der XII. Deutsch-Russischen Städtepartnerschaftskonferenz, welche vom 08. Juni 2013 bis zum 11. Juni 2013 in Uljanowsk stattgefunden hat, gebeten. Gleichlautendes Schreiben wurde einer Emdener Delegation, geleitet von Herrn Prof. Dr. Rocholl, mitgegeben.

In dem Schreiben wurde verdeutlicht, dass eine entsprechende Ansprache notwendig sei, da sich das Thema zu einer erheblichen Belastung der freundschaftlichen Beziehungen im Rahmen der Städtepartnerschaften entwickeln könne. Eine Stellungnahme wird erwartet.

**Auswirkungen auf den Demografieprozess:**

Diese Beschlussvorlage Antrag hat keine Auswirkungen auf den Demografieprozess.